

Der Sächsische Erzähler

Bischofsw. d. d. Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindegrenzen des Bezirks. **Ältestes Blatt im Bezirke.** - - - Erscheint seit 1846.



Anzeigebblatt für Bischofswerda, Neukirch, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke. - - **Wöchentliche Beilagen:** Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - **Fernsprecher Nr. 22.**

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 16. **Verkaufspreis:** 12 Pf. monatlich, bei Abnahme von 3 Monaten 35 Pf., bei Abnahme von 6 Monaten 65 Pf., bei Abnahme von 12 Monaten 120 Pf. **Postgebühr:** 1 Pf. monatlich, bei Abnahme von 3 Monaten 3 Pf., bei Abnahme von 6 Monaten 6 Pf., bei Abnahme von 12 Monaten 12 Pf.

Verkaufsstelle: Amt Leipzig Nr. 21 543. - **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda** Nr. 64. **Im Falle höherer Gewalt** - Krieg oder sonstiger irgend welcher Art - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückerstattung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Grundzeile (Zm. No. 20) oder deren Raum 40 Pf., 4-spaltige 30 Pf., 3-spaltige 20 Pf., 2-spaltige 15 Pf., 1-spaltige 10 Pf. **Bei Wiederholungen** nachfolgende Sätze: - **Amliche Anzeigen:** die 6-spaltige Zeile 70 Pf. - **Für bestimmte Tage oder Wochen** wird keine Gewähr geleistet. - **Erfüllungsort:** Bischofswerda.

Nr. 235.

Donnerstag, den 9. Oktober 1919.

74. Jahrgang.

Eine Programmrede des Reichskanzlers.

Bei der Dienstag nachmittags erfolgten Wiedereröffnung der Nationalversammlung ergriff bei der Beratung des Beschlusses des Reichsministeriums Reichskanzler Bauer das Wort zu einer einstündigen Rede, in der er die Maßnahmen besprochen hat, die das deutsche Volk der Gefährdung wieder entgegenzuführen sollen. Die Streiks sollen eingedämmt werden durch gesetzliche Veränderung der Betriebsräte und durch Neuorganisation des Schlichtungswesens, die Korruption bekämpft und der Unzufriedenheit durch weitgehende soziale Maßnahmen gesteuert werden. Auch die Kohlenförderung soll nach Kräften gesteigert werden. Bei einem so weitgehenden Programm, das die restlose Zusammenfassung aller politischen und wirtschaftlichen Kräfte erfordert, wäre es vielleicht länger gewesen, der Reichskanzler hätte seine Rede mit dem Hinweis seiner Rede gegen die äußerste Rechte und Linke in etwas verständlicher Form gehalten und nicht das Trennende herorgehoben. Es würde seinem Programm, das ehrlich gemeint ist und dem Wiederaufbau dienen soll, sicher mehr genützt haben. Aber es scheint nun einmal das Verhängnis des deutschen Volkes zu sein, in neuerer Zeit immer an führender Stelle Männer zu haben, die zwar vom ehrlichsten Willen erfüllt - aber keine Diplomaten sind.

Berlin, 7. Oktober. Am Ministerisch Erzberger, Müller, Schilde, Dr. Bell, Schiffer, Roste, Reichskanzler Bauer u. a. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Zur 2. Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Reichskanzlers und der Reichskanzlei nimmt

der Reichskanzler

das Wort. Er macht zunächst Mitteilung von der Erweiterung der Reichsregierung durch den Eintritt der Demokraten in das Kabinett, und führte dann u. a. aus: Es stellt sich Ihnen das Kabinett heute in seiner neuen Gestalt vor, ein Kabinett, das die übergroße Mehrheit dieses Hauses und damit unseres Volkes repräsentiert. Ob dieses Stärkerhältnis immer noch der parteipolitischen Schlichtung Deutschlands entspricht, sollen die Neuwahlen zum ersten Reichstag der Republik zeigen, die nicht vor dem Frühjahr angelegt werden können. Eins darf ich freudig und dankbar feststellen, es geht

wieder ein Zug nach Arbeit.

wach Konsolidierung durch das Volk besonders durch die Arbeiter. Bewußt, es wird immer noch zu viel gestreikt in Deutschland, viel zu viel. Doch die wilde Streikbewegung ist verstanden. Eine Regierung, der vorzuziehen ich die Ehre habe, wird nie an das Streikmittel als wirtschaftliches Kampfmittel zu rühren wagen. Aber die andere gefährliche Erbschaft des Krieges steht noch in voller Blüte:

Die Korruption.

Eine moralische Erkrankung ohne Gleichen gilt es hier in allen Schichten zu bekämpfen mit aller Erbarmungslosigkeit, ohne irgend ein Ansehen der Person. Auch die parlamentarische Tätigkeit dieses Winters wird im großen Umfang in der Feststellung der Rechte der wirtschaftlich Schwächeren, vor allem der Arbeiter bestehen. Recht und Rechte verlangt die Arbeiterschaft in dem Umfang, wie es ihrer Bedeutung für das Volksganze zukommt. Die Republik ist entschlossen, diesen Rechtsanspruch zu erfüllen. Der Ausdruck dieses Entschlusses ist vor allem der

Gesetzesentwurf über die Betriebsräte.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Wirtschaftsämter soll Ihnen sobald wie möglich vorgelegt werden. Die Wahlen zu den Betriebsräten sollen möglichst schon im Anfang des nächsten Jahres stattfinden, und die Wahlen zu den Wirtschaftsämtern vielleicht schon einige Wochen später. Die Regierung ist mit dem Zentralrat darüber einig, daß dies je eher desto besser geschieht. Wir müssen das Streikrecht mit dem Gesetz der Pflicht gegenüber der Allgemeinheit in Einklang bringen. Wir müssen eine Schlichtungsordnung, deren Entwurf dem Reichsministerium bereits vorliegt, sowie auch Rechtsorgane für eine ordnungsgemäße Befragung des Schlichtungsausschusses und für ein geregeltes Verfahren festlegen. Das letzte Ziel dieser Entwicklung ist das

obligatorische Schlichtungsgericht.

das die Streiks auf die schwersten Fälle beschränkt. Ein Gesetz über den Einsetzungsanspruch der Kriegsbeschädigten soll

gerade den Schwerbeschädigten Arbeit und Einkommen zu sichern. Daneben geht das große Werk der Neuorganisation der Militärrentenversorgung. Ein dritter Weg, den Opfern des Krieges vor allem zu helfen, soll das Reichsheimstättengesetz sein, das Ihnen voraussichtlich in Bälde zu geben wird. Auf dem Gebiete des allgemeinen Arbeiterschutzes ist ein Arbeitstagesgesetz in Vorbereitung, das den Achtstundentag sicherstellen soll. Schließlich verlangen die gewerkschaftlichen Grundsätze und nicht minder die finanziellen Verhältnisse des Reiches eine

Umgestaltung der vielfach mißbrauchten Arbeitslosenversicherung.

Den endgültigen Abbau der heutigen Zustände soll die gesetzliche Arbeitslosenversicherung bringen. Die Produktion in den Kohlenrevieren ist noch längst nicht auf der Höhe. Wenn uns nicht eine Steigerung der Arbeit vor allem in den Eisenbahnverhältnissen gelingt, dann können wir Kohle und Industrie nicht in fruchtbarer Zusammenhang bringen.

Sagt überall in der Welt außerhalb unserer Grenzen ist aber eine Propaganda am Werke, die uns den Friedenswillen abspricht, die immer noch Imperialismus und Vertragsbruch in unseren Handlungen und Einrichtungen wittert. Den meisten Mißdeutungen und Verdächtigungen ist die militärische Institution der Republik ausgelegt: Die Reichswehr. Wir brauchen heute Truppen noch zu zwei Zwecken, 1. um im Innern das Recht staatlicher Ordnung auch gegen Gewalt aufrechtzuerhalten und 2. um dort ein Vorworgehen der Entscheidung zu verhindern, wo nach dem Friedensvertrag eine freie Volksabstimmung über das künftige Schicksal deutscher Landesteile entscheiden soll. Vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages ist die Herabminderung des Heeres auf die vorgeschriebene Mindeststärke nicht möglich.

So haben wir heute noch rund 200 000 Mann im Innern und fast ebensoviel an den östlichen Grenzen stehen, eine Zahl, die unseren früheren, bis an die Zähne bewaffneten Feinden wahrhaftig nicht gefährlich werden könnte, selbst wenn es in Deutschland Korrosion gäbe, die das schwache Instrument in einen neuen Kampf schärfen wollten. Wie alle unsere Einrichtungen, so befindet sich auch die Reichswehr in einem Übergangsstadium, einem Zustand der Umbildung aus Trümmern einer Armee, die mehr als eine andere Institution des alten Reiches monarchisch-kaiserlich war. Es war aber die Aufgabe des Reichswehrministeriums und wird sie bei der Verkleinerung erst recht sein, jeden Mißbrauch der Reichswehr zu vermeiden. Wir wollen keine Weiße und keine Rote Garde; eine Volkswehr ist unser Ziel. Das Schlimme ist, daß dem Ausland aus Deutschland selbst von rechts und von links das Bild der Republik gefälscht wird. Ich erkläre daher mit aller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck: Es ist unser Bestreben,

den Friedensvertrag nach Kräften und in allen Teilen zu halten und zu erfüllen;

in ganz besonderem Maße gilt dies von den militärischen Bedingungen des Vertrages. Wir werden auf keinem Wege anstreben, eine verdeckte Vergrößerung der Zahl von 200 000 Mann unter irgendeiner Waise zu erzielen, weder mit Krümpersystem, noch mit einem vertragswidrigen Ausbau der Einwohnerverschutz, die nichts anderes sind und sein sollen als freiwillige Polizeigorgane für Lage terroristischer Unruhen.

Die Unabhängigen haben auch

die Vorgänge im Baltikum

der Regierung aufs Schauderhafteste geschrieben und daraus den Vorwurf imperialistischer oder gar monarchischer Reigungen des Kabinetts abgeleitet. Wenn wir die lächerlichsten Übertreibungen wegstreichen, so bleibt der ungeheuerliche Tatbestand, daß in einem fremden Land mit den Gedanken an einen künftigen als verwerflich anerkannten Randstaatspolitik ein Soldatenheer lagert, von der Bevölkerung, die es anfangs dortin berufen hatte, als Last empfunden wird und immer mehr in den Gegensatz zur lettischen und zur deutschen Republik gerät.

Der Minister schiedert nun kurz die Maßnahmen, welche die Regierung ergriffen hat, um die Truppen aus dem Baltikum zurückzuführen und führt fort: Heraus wollen wir mit allen Mitteln, selbst um den Preis der Aufopferung von Kriegsgerät und ähnlichem; heraus wollen wir aus einem Land, wo wir nichts zu suchen haben. Der Verband habe unseren Vorschlag angenommen, eine Kommission mit uns zu bilden, deren Aufgabe es wäre, nach

Prüfung der Sachlage die Maßnahmen zur schleunigen Rückführung zu treffen und durchzuführen. Dennoch kam das Ultimatum mit der fürchterlichen Drohung, den Krieg gegen unsere Frauen und Kinder aufs neue zu eröffnen.

den unmenslichen Blodabtrieb.

Ist je ein Frieden im Augenblick einer solchen Kriegserklärung geschlossen worden? Die Reichsregierung hat die schärfste Verwarnung dagegen eingelegt, daß aus neue solche unmensliche Kriegsmassnahmen gegen die Zivilbevölkerung angewendet werden. Weil außerhalb des Machtbereiches der Republik, die mit allen Mitteln ohnmächtig gemacht wurde, Soldaten ihrer eigenmächtigen Abenteuerlust nachgegangen sind, soll aufs neue der deutschen Frau und dem deutschen Kind das bishigen Fett und Milch abgedroselt werden, das unser armes Vaterland außerhalb der Grenzen laufen kann.

So haben wir uns den Unbruch der Eru des Völkerebundes nicht gedacht!

(Zuruf rechts: Aber wir!) Die vom ganzen Volk so lange ersehnte Rückführung unserer Kriegsgesangenen hat erst geringe Fortschritte gemacht. Mit Bitterkeit denken wir an die Leichtigkeit, mit der man über unsere Weiden bei unseren Segnern zur Tagesordnung übergeht. Am schmerzlichsten ist es, daß zahlreiche Volksgenossen von uns gerissen und daß andere gehindert werden, sich uns anzugliedern. Aber auch das müssen wir ertragen, denn wir wollen den Friedensvertrag loyal durchführen. Was uns aber kein Friedensvertrag nehmen kann, ist das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit. Unsere deutschen Stammesgenossen, die künftig von uns getrennt bleiben, sollen wissen, daß wir auf dem Gebiete, das uns der Friedensvertrag übrig läßt, für sie sorgen. Auf allen Gebieten der Kultur und im gesellschaftlichen Verkehr wollen wir diese Gemeinsamkeit bestätigen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit pflegen.

Ich muß zum Schluß auf den Anteil zurückkommen, den die Deutschenationalen an der Weltvergiftung haben, die uns bei jedem Schritt hemmt und schädigt. Im Ausland hat man sich jahrzehntelang daran gewöhnt, in den Ausführungen der Reden die für die Reichspolitik maßgebende Stimme zu hören. Das macht ihre Auslassungen so überaus gefährlich. Der Minister verliest Presseauslassungen aus rechtsstehenden Blättern, die er als Beispiele des gefährlichsten Chauvinismus bezeichnet. Ich sehe in diesem Zusammenhang ab von der Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, aber ich frage die Herren von der Rechten, können und wollen sie die Verantwortung für diesen gefährlichen Wahnsinn übernehmen? Ist das überhaupt noch Politik oder nur noch Irrenhaus? Eine angebliche Vaterlandsliebe, die sich so äußert, die darf man nicht frei herumlaufen lassen. Wägen sie uns wie ein gewisses nationales Blatt „Statthalter des Verbandes“ oder „Landvögte der Verbündeten“ nennen, oder wie ein ehrenwertes Mitglied dieses hohen Hauses „Verbrechergesindel“, wir dulden nicht, daß einige Schmierfinken das deutsche Volk in neue Fährlichkeiten bringen und seinen Beumund vor der ganzen Welt aufs neue untergraben. Wer sich zu diesen Artikelschreibern stellt, der ist für uns ein Feind des deutschen Volkes. Ich möchte sehen, wer sich ausschließt von der ungeheuren Mehrheit der Deutschen, wenn die Reichsregierung getreu ihrem außenpolitischen Programm den Ruf ergehen läßt: „Für den friedlichen Aufbau, für die Völkerverständigung, gegen die gewissenlose Brunnenvergiftung des Chauvinismus!“

Die Rede Bauers, die schon an verschiedenen markanten Stellen lebhaft Zustimmung im Hause gefunden hat, insbesondere an den Stellen, die sich gegen die Rechte richteten, wird am Schluß mit lebhaftem Beifall aufgenommen, der jedoch durch das Jischen von rechts unterbrochen wird. Darauf erfolgt erneuter Beifall von der Linken.

Die Aussprache.

Abg. Dr. Peteren (Dem.): Wenn wir nur agitatorische Erfolge und Gewinnung neuer Parteianhänger erstreben hätten, wäre unser Wiedereintritt in die Regierung Bedenken unterworfen gewesen. Stimmungs- und gefühlsmäßig sprechen manche Tatsachen dagegen, aber es gilt, den demokratischen Aufbau unserer Verfassung zu erhalten und zu vertiefen, um dem deutschen Volke im Innern Ruhe und Ordnung, nach außen durch die Festigkeit der Regierung Kraft und Würde zu geben. Wir danken es dem Minister